

Rückblick zur Veranstaltung am Dienstag den 11.11.2014, von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Thema

Energiewende und Netzausbau

von Siegfried Lemke, Leiter des Arbeitskreises Stromtrasse



Wissenschaftler bezweifelt Notwendigkeit des Südlink!

So könnte man die kurze Videobotschaft von Prof. von Hirschhausen auf der Grünen-Veranstaltung zusammenfassen. (siehe [1]). Er selbst war aus familiären Gründen am persönlichen Erscheinen verhindert. Dafür waren zwei Mitarbeiter seines Instituts und eine Mitarbeiterin des [DIW von Prof. Claudia Kemfert](#) erschienen, die sich bereits am Nachmittag zusammen mit Mitarbeitern der Regionspartei vor Ort in der Region informiert hatten. Vor der Veranstaltung trafen sie mit Mitgliedern örtlicher Bis und betroffener Ortsverbände zusammen. **Fazit: Um die Notwendigkeit des Südlink endgültig zu bewerten, fehlt es ihren Instituten noch an Daten, die sie hoffentlich in Kürze vom Netzbetreiber bekommen werden.**

Auf der anderen Seite die Grüne Prominenz: Während Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel noch allgemein blieb: „Ohne einen gewissen Netzausbau wird es nicht gehen“, sprach sich der energiepolitische Sprecher im Bundestag **Volker Krischer für den Bau des Südlink** aus. (siehe [2])

Eine **Alternative zum Netzausbau** stellte Dipl. Ing. Katrin Beyer vom Energieforschung Zentrum Niedersachsen vor: Die Speicherung von Windstrom im Verfahren „power to gas“. Während die Wissenschaftlerin noch im Allgemeinen blieb und das Verfahren und die Technologie vorstellte, ist Greenpeace energy e.G. schon weiter. In einer Antwort auf meine Anfrage zum ProWindgas-Angebot heißt es: „Aktuell wird die Windgas-Anlage der Firma Enertrag im brandenburgischen Prenzlau (siehe [3]) für die proWindgas-Kunden von Greenpeace Energy ans Gasnetz angeschlossen. Die erste Einspeisung ist noch für dieses Jahr vorgesehen. Tatsächlich steht die Anlage kurz vor der Vollendung und der Aufnahme des Probebetriebes.“

Zu den Bildern

Podium links: v.l.n.r. Beyer, Wenzel, Krischer, Diskussionsleiterin Frauke Patzke
Podium rechts: MitarbeiterInnen der Profs. von Hirschhausen und Kemfert

[1]

Stellungnahme zu einer anderen Veranstaltung: vimeo.com/89195024 und in einer [Stellungnahme des BUND](#), in der das Festhalten an der Braunkohleverstromung kritisiert wird, wird Prof. von Hirschhausen wie folgt zitiert:

"Der Netzentwicklungsplan 2014 und der bereits vorliegende Szenariorahmen 2015 fördern die Braunkohleverstromung und verhindern die Einhaltung von Klimaschutzziele – und zwar vorsätzlich, weil da Maßnahmen integriert sind, die gegen die Klimaschutzziele arbeiten."

"Wir müssen weiter davon ausgehen, dass in der Periode, von der wir sprechen, 20er und Anfang 30er-Jahre, eine Vielzahl von Braunkohlekraftwerken und Steinkohlekraftwerken vom Netz gehen werden, das heißt, da werden im zweistelligen Bereich Gigawatt frei. Und deswegen **haben wir auch in den 20er-Jahren und absehbar kein Netzproblem.**"

[2] In einer zuvor abgeforderten Stellungnahme aus seinem Büro heißt es im Wortlaut: „Wir Grüne im Bundestag setzen uns für die vollständige Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien ein. Um dies zu schaffen, muss die veraltete Netzinfrastruktur fit gemacht werden für die dezentrale Einspeisung teils stark schwankender erneuerbarer Stromquelle, sowie für die effiziente und weiträumige Übertragung von Windstrom aus dem Norden in die Verbrauchshochburgen in Süd- und Westdeutschland. Dazu braucht es auch neue Stromtrassen. Der Aus- und Neubau von Höchstspannungsfreileitungen ist zwangsläufig mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden und er kann zu einer erheblichen Belastung der Bevölkerung vor Ort führen. Daher wollen wir den Zubau neuer Leitungen auf das für die Energiewende notwendige Maß beschränken und den Ausbau bürgerfreundlich und naturverträglich gestalten. Die vier Übertragungsnetzbetreiber haben am 04.11.2014 den zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) 2014 vorgelegt. Daraus geht hervor, dass die Netzbetreiber den Netzausbau auch nach den Änderungen beim EEG als „dringend notwendig ansehen“. Vor allem an der Nordseeküste und in Brandenburg werden **heute schon Windenergieanlagen abgeregelt, da im Netz keine Kapazitäten vorhanden sind** (Kritik s.u.), um den Windstrom zu den Verbrauchszentren im Süden Deutschlands zu transportieren. Auch in Südwestdeutschland gibt es kritische Situationen, da nicht ausreichend Strom aus anderen Regionen dorthin transportiert werden kann. Diese Leitungen sind das künftige Rückgrat der Energieversorgung in Deutschland. Klar ist aber auch, dass das „Wie“ des Ausbaus und der konkrete Leitungsverlauf weiter diskutiert werden muss: Wir Grüne setzen uns für eine umfassendere und frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein. Wir halten es zudem für falsch, dass die Klagemöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger im BBPIG auf nur noch eine Instanz (Bundesverwaltungsgericht) eingeschränkt wurden. Nach unserer Auffassung kann man nicht für Akzeptanz werben, und gleichzeitig rechtliche Überprüfungsmöglichkeiten massiv einschränken. Zudem muss der Einsatz von Erdkabel grundsätzlich zugelassen werden. Jede Kommune muss selbst vor Ort prüfen können, welche Art von Verkabelung und welche konkrete Trassenführung die sinnvollste ist. Die Grüne Bundestagsfraktion spricht sich klar dafür aus, die Mitwirkungsrechte der Bevölkerung sowie die Naturschutzbelange zu stärken. So setzen wir uns – über eine frühzeitige Bürgerbeteiligung hinaus – dafür ein, beim Stromnetzausbau Erdverkabelungen - wo immer sinnvoll und konfliktlösend - zu ermöglichen und in der Planungsphase, direkt vor Ort und unter Beteiligung der Anwohner und der Gemeinden, die Entscheidung über das „Wie“ der Verkabelung festzulegen. Um gesundheitliche Risiken zu minimieren, wollen wir perspektivisch für alle Stromübertragungsleitungen im Hoch- und Höchstspannungsbereich ein Überspannungsverbot für Wohnhäuser, um Gesundheitsgefährdungen durch Elektromog zu minimieren. Ferner muss eine umfassendere und frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort sichergestellt werden. Wir halten es zudem für falsch, dass die Klagemöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger im BBPIG auf nur noch eine Instanz (Bundesverwaltungsgericht) eingeschränkt wurden. Nach unserer Auffassung kann man nicht für Akzeptanz werben, und gleichzeitig rechtliche Überprüfungsmöglichkeiten massiv einschränken. Derzeit ist eine Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen nur nach den Vorgaben des (EnLAG) oder des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPIG) möglich. Das heißt, nur vier der geplanten 24 EnLAG-Leitungen dürfen teilweise als Erdkabel errichtet werden. Dazu kommen die vier großen Gleichstromtrassen Osterath – Philippsburg, Brunsbüttel – Großgartach, Wilster – Grafenrheinfeld und Lauchstädt – Cloppenburg sowie die Trasse Emden-Borsum – Osterath. Voraussetzung ist aber, dass die Erdverkabelung „technisch und wirtschaftlich effizient“ durchgeführt

werden kann. Weitere Voraussetzung ist ein Abstand von weniger als 400 Meter zu Wohngebäuden im Gebiet eines Bebauungsplans bzw. weniger als 200 Meter zu Wohngebäuden im Außenbereich. Eine weitere gravierende Einschränkung für die Realisierung einer Erdverkabelung, ist das Verbot der Erdverkabelung überall dort, wo die neue Leitung in der Trasse einer bestehenden oder bereits zugelassenen Hoch- oder Höchstspannungsleitung erfolgen soll. Diese Vorfestlegung halten wir für voreilig und zu pauschal getroffen. Natürlich wollen auch wir eine Bündelung von Trassen und Infrastrukturwegen. Diese sollte aber immer die Möglichkeit offen halten, im Planungsverfahren abzuwägen, was die beste Alternative ist. Wir halten es vor diesem Hintergrund dringend geboten, die Gesetze entsprechend zu ändern. Denn einerseits ist unter den derzeitigen gesetzlichen Regelungen noch kein einiges Erdkabel-Pilotverfahren realisiert worden. Und andererseits wächst mit jeder Realisierung eines Pilotprojekts der Unmut in vom Netzausbau betroffenen Orten. Diese Ungerechtigkeit gilt es gar nicht erst entstehen zu lassen. Zudem ist die Technologieentwicklung im Bereich der Speicher noch nicht so weit, als dass der Einsatz solcher Systeme den Netzausbau (sofort) ersetzen könnte. Derzeit ist ein Einsatz derselben noch zu teuer und die Technologie nicht ausgereift genug. Auf Speicher können wir uns bei der Energiewende also noch nicht allein verlassen. Die Speicherforschung ist wichtig und voranzubringen, wird den Netzausbau aber kurz und mittelfristig nicht ersetzen können.“

(Kritik:) Mit diesem Argument arbeitet auch Tennet. Dagegen erklärt der [SFV](#), dass die schlecht regelbaren Kohlekraftwerke, die Ursache sind und plädiert für Speicher statt Leitungen!

[3]

Infos zum Enertragprojekt: www.enertrag.com/projektentwicklung/hybridkraftwerk.html